

## MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

### 9. Ministerrat

#### 9. März 2022

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Burgenland vom Februar d.J., mit dem ein Beschluss vom 8. Februar 2022 betreffend „Digitalisierung an Schulen“ vorgelegt wird.
2. Schreiben der Vizebürgermeisterin von Kopfing im Innkreis vom 28. Februar 2022, mit dem eine Resolution vom 18. Februar 2022 „gegen Atomkraft als nachhaltige Investition in die Taxonomieverordnung“ vorgelegt wird.
3. E 236-NR/XXVII.GP vom 23. Februar 2022 betreffend „den verstärkten Schutz von Medienvertreterinnen und –vertretern im Zuge der Covid 19-Pandemie“ (Wortlaut siehe Beilage).
4. E 237-NR/XXVII.GP vom 24. Februar 2022 betreffend „Unterstützung der Ukraine in der aktuellen Krise“ (Wortlaut siehe Beilage).

# **EntschlieÙung**

## **des Nationalrates vom 23. Februar 2022**

### **betreffend den verstärkten Schutz von Medienvertreterinnen und -vertretern im Zuge der Covid 19 – Pandemie**

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Inneres, wird ersucht, sich verstärkt für den Schutz von Journalistinnen und Journalisten im Zuge der Covid-19-Pandemie, unter anderem im Vorfeld von, während und im unmittelbaren Anschluss an Versammlungen einzusetzen und zeitnah alle dafür notwendigen adäquaten Maßnahmen auszuarbeiten und umzusetzen.

# **EntschlieÙung**

## **des Nationalrates vom 24. Februar 2022**

### **betreffend Unterstützung der Ukraine in der aktuellen Krise**

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, werden ersucht, sich gemeinsam mit den EU-Mitgliedsstaaten für eine Waffenruhe und weiterhin strikt für die Einhaltung des Völkerrechts, der VN-Satzung und der Prinzipien der Schlussakte von Helsinki sowie der Charta von Paris einzusetzen sowie in der gegenwärtigen Situation laufende Bemühungen für eine Rückkehr zu einer Verhandlungslösung weiterhin zu unterstützen.

Zudem wird die Bundesregierung ersucht, die Verhängung zusätzlicher Sanktionen auf EU-Ebene mitzutragen und sich weiterhin für eine geeinte entschlossene EU-Positionierung in dieser Frage einzusetzen.

Die österreichische Bundesregierung möge ihre Solidarität mit der Ukraine deutlich bekunden und wird ersucht, der Ukraine weiterhin humanitäre Hilfe bereitzustellen sowie bei Bedarf die OSZE Sonderbeobachtungsmission zu stärken.